

„Es ist höchste Zeit“

Corona zum Trotz: Warum 2020 als „Tipping Point“ der Klimaschutzwende in die Geschichte eingehen könnte

Von Prof. Dr. Claudia Kemfert

Das Jahr 2020 wird nicht nur als das Jahr der Corona-Krise in die Geschichte eingehen. Es wird auch das Jahr des unumkehrbaren Klimawandels und des Beginns eines grundlegenden globalen Klimaschutzes sein. Zwar legt die Corona-Krise derzeit viele Projekte auf Eis und die Berichterstattung überlagert viele andere Entwicklungen. Aber Fakt bleibt, dass die von Greta Thunberg inspirierte Fridays-for-Future-Bewegung immer größer, immer globaler und immer erfolgreicher wird. Ein Klimapaket wird entwickelt. Europa bringt den Green Deal auf den Weg und will die Treibhausgasemissionen in allen Bereichen schneller senken. Corona wird diese Entwicklung nur aufschieben, aber nicht aufheben.

Doch Fakt ist leider auch eine andere Entwicklung: Nachdem im Vorjahr Saudi Aramco an die Börse ging und zwei Billionen Euro einsammelte, wird nun der zweite Strang der Erdgaspipeline Nord Stream 2 fertiggestellt und zukünftig noch mehr fossiles Erdgas nach Europa und Deutschland bringen – und das, obwohl im Zuge des EU-Klimaschutzes kaum noch fossiles Erdgas benötigt wird und schon heute die erneuerbaren Energien preiswerter sind. Die hochumstrittene Pipeline ist – ähnlich wie viele Kohlekraftwerke in Deutschland und weltweit – ein Stranded Investment, eine Fehlinvestition, die enorme Kosten verursacht.

Fossiler Schlussverkauf

Fossile Energien erfahren insgesamt eine zunehmende Abwertung. Es beginnt das Jahrzehnt des fossilen Schlussverkaufs. Global müssen alle Nationen, die hohe Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Energien erzie-

len, umsteuern. Um am Ende nicht bei einer Art „Carbon Bad Bank“ zu landen, die fossiles Schrott-Kapital vernichten muss, sollte das Umsteuern nun eingeleitet werden.

Europa will für die nachhaltigen Finanzmärkte nun die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Denn es wird immer deutlicher, dass der Klimawandel weltweit massiv voranschreitet und die bisherige Klimapolitik – trotz internationaler Bemühungen – unzureichend ist. Wir sind am Beginn des disruptiven Wandels hin zu mehr Klimaschutz. Elektromobilität kommt, erneuerbare Energien werden immer billiger. Selbst die Europäische Investitionsbank hat kürzlich angekündigt, künftig in gar keine – auch nicht in fossile – Erdgasprojekte mehr zu investieren.

Das Weltwirtschaftsforum schätzte Ende Januar, als die verheerenden Auswirkungen von Corona noch nicht absehbar waren, den Klimawandel – gefolgt vom Artensterben und den Gefahren der Digitalisierung – als das langfristig größte Risiko ein. Blackrock, der weltgrößte Vermögensverwalter, fordert die Unternehmen auf, mehr gegen den Klimawandel zu tun: „Jede Regierung, jedes Unternehmen und jeder Investor muss sich mit dem Klimawandel auseinandersetzen“, warnte Blackrock-CEO Larry Fink in einem Brief an die Chefs der Unternehmen, an denen der weltgrößte Vermögensverwalter beteiligt ist. Er erwartet eine „grundlegende Umgestaltung der Finanzwelt“. Kurz zuvor war Blackrock bereits dem Netzwerk „Climate Action 100+“ beigetreten. Die Allianz internationaler Investoren fordert von den Unternehmen mehr Transparenz und nachvollziehbare Ziele im Bereich Klimaschutz.

Ärgerliche Zielverfehlung

Solche Nachrichten zeigen, dass der immer offener ausgetragene fossile Energiekrieg ein letztes Aufbäumen einer sterbenden Branche ist. Die beste Antwort darauf ist die Umsetzung der Energiewende vor Ort, mit mehr erneuerbaren Energien, mehr Energiesparen und mehr Elektromobilität.

Dem steht leider diametral entgegen, dass sich das mit großem Tamtam angekündigte Klimapaket eher als kleiner Anfang denn als

großer Wurf entpuppte. Hier wurde nicht beschlossen, was klimapolitisch notwendig wäre, sondern lediglich, was politisch durchsetzbar erscheint. Die Emissionsminderungsziele bis 2030 werden mit den beschlossenen Maßnahmen ohne Nachjustierung nicht zu erreichen sein. Vor allem im Verkehrssektor werden die Klimaziele deutlich verfehlt. Auch der Kohleausstieg kommt zu spät und ist zu halber Herz, um die Klimaziele zu erreichen. Schlimmer noch: Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird ausgebremst, sodass neben der Verfehlung der Klimaziele zu allem Überfluss eine Ökostromlücke droht, was die Versorgungssicherheit gefährdet.

Zudem ist bedauerlich: Statt umweltschädliche Subventionen abzubauen, werden diese sogar noch erhöht. Versäumt wurde, das Dieselprivileg abzubauen oder zumindest eine Klimamaut einzuführen, also auch die Kerosinsteuer zu erhöhen. Die Zielverfehlung ist nicht nur ärgerlich und peinlich, sondern auch teuer: Deutschland wird in Europa CO₂-Zertifikate zukaufen müssen, was Milliarden kosten wird. Wenig Klimaschutz für viel Geld. Leider wird man dafür nicht die mutlose Politik zur Verantwortung ziehen, sondern mal wieder die – angeblich so teuren – grünen Technologien zum Sündenbock machen.

Beherrter Klimaschutz

Es wäre so leicht gewesen, es besser zu machen: Mit konkreten Emissionsminderungszielen für einzelne Sektoren ließe sich der Wirtschaft und Industrie endlich klar der Weg weisen. Die Zielerreichung müsste an europäischen Zielen ausgerichtet und sollte jährlich überprüft werden. Auch wäre es leicht möglich, den erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranzutreiben. Abstandsregeln für Windenergie sind dabei genauso wenig förderlich wie ein Ausbaudeckel für die Solarenergie.

Natürlich ist es lobenswert, dass ab 2026 keine neuen Ölheizungen mehr erlaubt sind und die energetische Gebäudesanierung genauso wie der Schienenverkehr finanziell stärker unterstützt wird. Auch der Ausbau des ÖPNV und der Ladeinfrastruktur für Elektroautos sind gut und richtig. Noch besser wäre es allerdings gewesen, die Stromsteuer zu

senken, damit sowohl im Verkehrs- als auch im Gebäudesektor mehr Strom aus erneuerbaren Energien genutzt wird.

Abhilfe für die deutsche Initiativlosigkeit bringt hoffentlich der EU-Green-Deal. Deutschland muss nun seine Klimaziele weiter schärfen und an die ambitionierteren Ziele anpassen. Zudem will Europa den Emissionsrechtehandel um die Sektoren Verkehr und Gebäude erweitern. Daher ist es so wichtig, dass man in Europa die Zielerreichung durch die Einführung eines Klimagesetzes sicherstellen will – wichtig sind vor allem jährliche Überprüfungen und Nachsteuerungen bei Nicht-Erfüllung.

Die Klimaproteste lassen sich vermutlich auch über die Corona-Krise nicht aussitzen. Sie werden immer lauter und intensiver. Insofern muss aus dem zaghaften Anfang schnell ein beherzter Klimaschutz werden. Dann könnte Europa und auch Deutschland endlich wieder eine Vorreiterrolle im internationalen Klimaschutz übernehmen. Das Jahr 2020 würde dann nicht nur als Corona-Jahr, sondern auch als „Tipping Point“ des Klimaschutzes in die Geschichte eingehen: als Jahr, in dem der unumkehrbare Klimaschutz begonnen hat, der fossile Schlussverkauf eingeläutet wurde und die Welt die globale Klimakrise abgewendet hat. Es ist auf jeden Fall höchste Zeit!

Die Energieökonomin Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet seit 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. in Berlin und ist seit 2009 Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance.